

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung

Sitzungstermin:	Donnerstag, 29.01.2026, 15:00 Uhr
Raum, Ort:	Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig
Beginn:	15:00 Uhr
Ende:	17:15 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Frank Flake - SPD

Herr Claas Merfort - CDU

Mitglieder

Herr Matthias Disterheft - SPD

Herr Frank Graffstedt - SPD

Frau Sonja Lerche - SPD

Frau Bianca Braunschweig - B90/GRÜNE

Frau Leonore Köhler - B90/GRÜNE

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

Herr Kai-Uwe Bratschke - CDU

Herr Frank Täubert - CDU

Frau Anke Schneider - Die FRAKTION. BS

Herr Robert Glogowski - BIBS/Robert Glogowski

Frau Aniko Glogowski-Merten - FDP

Herr Stefan Wirtz - AfD

Verwaltung

Herr Christian Geiger - Dezernent VII

Herr Tobias Pollmann - Dezernent II

Herr Nils Backhaus - Verwaltung

Herr Henning Sack - Verwaltung

Herr Tobias Domröse - Protokollführung

Herr Lars Weber - Protokollführung

Frau Nikola Mindermann - Protokollführung

Herr Tobias Eckstein – 20.13
Herr Lars Weber – 20.11
Frau Marion Lenz – Gleichstellungsbeauftragte
Frau Christiane Hunke – Gesamtpersonalrat
Frau Mirijam Preisner – Gesamtpersonalrat
Frau Iris Voges – ÖPR 51
Herr Matthias Heilmann – AbtL 20.2

Gäste

Herr Dr. Sören Jensen
Herr Sascha Altendorf

Herr Lars Anwand

WMC HEALTHCARE GmbH
Städtisches Klinikum Braunschweig
gGmbH
Städtisches Klinikum Braunschweig
gGmbH

Abwesend Mitglieder

Herr Christoph Bratmann - SPD
Frau Annegret Ihbe - SPD
Frau Sabine Bartsch - BIBS/Robert Glogowski
Herr Mathias Möller - FDP

wird vertreten durch RH Graffstedt
wird vertreten durch RF Lerche
entschuldigt
wird vertreten durch RF Glogowski-
Merten

Verwaltung

Frau Annette Hübner - Verwaltung

entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
10. Eröffnung des öffentlichen Teils (Personal)
11. Genehmigung des nichtöffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 27.11.2025
12. Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 10.12.2025
13. Mitteilungen (Personal)
- 13.1. Geschlechterverteilung der Dienstkräfte der Stadt Braunschweig 26-28088
- 13.2. Gleichstellungsbericht 2022 bis 2024 26-28164
14. Anträge (Personal)
- 14.1. Braunschweigs Sicherheit stärken 26-28149
15. Leistungsorientierte Bezahlung bei der Stadt Braunschweig - Entfristung der Dienstvereinbarung LoB Beamte 26-28156
16. Anfragen (Personal)
- 16.1. Mündliche Anfragen (Personal)
17. Eröffnung des öffentlichen Teils (Finanzen)
18. Mitteilungen (Finanzen)
19. Anträge (Finanzen)
- 19.1. Neue Gebühren für Anwohnerparkausweise unter Berücksichtigung der Fahrzeuggröße 26-28173
- 19.2. Sanierung des Wasserspielplatzes Muldeweg 26-28207
- 19.2.1. Sanierung des Wasserspielplatzes Muldeweg - Änderungsantrag 26-28207-01
20. Veräußerung von zwei insgesamt ca. 6.730 m² großen städtischen Grundstücken in dem Gewerbegebiet Hungerkamp an die REVENTAL GmbH, Charentoner Straße 28, 33142 Büren 25-27036
21. Erwerb des Flurstücks 710/9, Flur 2 in der Gemarkung Innenstadt, ehemals Burgpassage 26-28105

22.	Haushaltsvollzug 2025 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	26-28226
23.	Haushaltsvollzug 2026 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	26-28210
24.	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 € bis 2000 €	26-28133
25.	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	26-28134
26.	Anfragen (Finanzen)	
26.1.	Sicherheit und Widerstandsfähigkeit der Stromversorgung in Braunschweig	26-28202
26.1.1.	Sicherheit und Widerstandsfähigkeit der Stromversorgung in Braunschweig	26-28202-01

Protokoll

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Flake eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

10. Eröffnung des öffentlichen Teils (Personal)

11. Genehmigung des nichtöffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 27.11.2025

Beschluss:

Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

12. Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 10.12.2025

Beschluss:

Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 9 Dagegen: 0 Enthaltungen: 2

13. Mitteilungen (Personal)

13.1. Geschlechterverteilung der Dienstkräfte der Stadt Braunschweig

26-28088

Die Tagesordnungspunkte 13.1. und 13.2. werden zusammen beraten.

Die Gleichstellungsbeauftragte Frau Lenz führt umfassend in das Thema ein.

Daraufhin beantworten Stadtrat Dr. Pollmann, die Gleichstellungsbeauftragte Frau Lenz und Herr Sack die Fragen der Ausschussmitglieder abschließend.

Zudem stellt Stadtrat Dr. Pollmann in Aussicht, die von Ratsfrau Braunschweig gestellten Fragen zum Gleichstellungsbericht schriftlich zur Sitzung des Verwaltungsausschusses am 04.02.2026 zu beantworten.

Die Mitteilung 26-28088 wird zur Kenntnis genommen.

Die Mitteilung 26-28164 wird zur Kenntnis genommen.

14. Anträge (Personal)**14.1. Braunschweigs Sicherheit stärken****26-28149**

Ratsherr Merfort erkundigt sich nach der geplanten Stellungnahme. Zudem beantragt er die getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte.

Stadtrat Dr. Pollmann erklärt, dass sich die Stellungnahme derzeit in der finalen Abstimmung befindet und kurzfristig versandt wird.

Der Ausschussvorsitzende Flake weist auf die Abstimmungsergebnisse des AFKO hin.

Ratsherr Dr. Plinke bittet in der Stellungnahme um Auskunft zu den geschätzten Kosten der Sicherheitsbefragung, zu einer möglichen Rückmeldung der BSVG hinsichtlich eines Sicherheitsdienstes in den Fahrzeugen einschließlich einer Kostenschätzung sowie zu den erforderlichen finanziellen und personellen Ressourcen zur Stärkung des Zentralen Ordnungsdienstes.

Ratsfrau Schneider erkundigt sich ergänzend nach der Höhe der zur Verfügung stehenden Deckungsreserve.

Stadtrat Dr. Pollmann erklärt, dass die Deckungsreserve 1.000.000 Euro beträgt.

Beschluss:

Um die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl in Braunschweig zu stärken, werden folgende Maßnahmen beschlossen:

1. Sicherheitsbefragung

Die Verwaltung wird gebeten, eine umfassende Sicherheitsbefragung nach dem Vorbild der Stadt Mannheim zu beauftragen, im Anschluss auszuwerten und inklusive konkreter Umsetzungsvorschläge der darin empfohlenen Maßnahmen dem Rat über seine Ausschüsse vorzustellen.

Die Deckung der dafür notwendigen finanziellen Mittel erfolgt unter Inanspruchnahme der im Teilhaushalt „Allgemeine Finanzwirtschaft“ ausgewiesenen Deckungsreserve zur Flexibilisierung der Bewirtschaftung für Aufwendungen im Ergebnishaushalt.

2. Waffenverbotszone

Die Verwaltung wird gebeten in Abstimmung mit der Polizei die in der Ratssitzung am 5. November 2024 beschlossene Verordnung über die „Einrichtung einer Verbotzone über das Führen von Waffen, Messern und gefährlichen Gegenständen in der Stadt Braunschweig“ (beschlossen in der mündlich geänderten Fassung des CDU-Änderungsantrages mit der DS.-Nr. 24-24122-02) dahingehend zu überprüfen, ob Veränderungen (bspw. eine Ausweitung der Verbotzeiten oder eine Vergrößerung der durch die Verordnung betroffene Fläche) angezeigt sind. Das Ergebnis dieser Prüfung ist inklusive eines Berichts über den Umsetzungsstand der im Änderungsantrag 24-24122-02 beschlossenen Maßnahmen dem Rat über seine Ausschüsse vorzustellen. Sollten

Änderungen an der bestehenden Verordnung angezeigt sein, werde diese dem Rat über seine Ausschüsse zum Beschluss vorgelegt.

Die Verwaltung wird gebeten in Abstimmung mit der Polizei erneut zu überprüfen, ob die Bereiche um den Bohlweg, den Herzogin-Anna-Amalia-Platz, den Platz am Ritterbrunnen und den Schlossplatz die Kriterien zur Einrichtung einer Waffenverbotszone erfüllen und dem Rat dann über seine Ausschüsse einen entsprechenden Verordnungsentwurf zur Beschlussfassung vorzulegen.

3. Sicherheit in den Fahrzeugen und an den Haltestellen der BSVG

Die Verwaltung wird gebeten mit der Braunschweiger Verkehrs GmbH in Kontakt zu treten und die Etablierung eines Sicherheitsdienstes in den Fahrzeugen der BSVG zumindest an den Abenden des Wochenendes und wenigstens auf der Strecke zwischen den Haltestellen „Hauptbahnhof“ und „Rathaus“ nach dem Vorbild der Landeshauptstadt Hannover einzurichten. Gleichzeitig sollen diese eingesetzten Kräfte die Sauberkeit an den Haltestellen gewährleisten.

4. Sicherheitsbegehungen der Innenstadt

Die Verwaltung wird gebeten, regelmäßige Sicherheitsbegehungen der Innenstadt unter Beteiligung der Fachbereiche 32 (Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit; hier ZOD), 66 (Tiefbau und Verkehr) und 67 (Stadtgrün) sowie dem Gleichstellungsreferat, der Diakonischen Gesellschaft Wohnen und Beraten mbH (Streetworker), ALBA Braunschweig und den Innenstadtakeuren durchzuführen, um kurzfristigen Handlungsbedarf der Verbesserung von Sicherheit und Sauberkeit zu identifizieren und abzustellen. Eine spätere Ausdehnung dieser Sicherheitsbegehungen auf andere Bereiche der Stadt ist wünschenswert.

5. Stärkung des Zentralen Ordnungsdienstes

In Abkehr der bisherigen Praxis (dargestellt in der Mitteilung 25-26385) wird die Ausbildung der Mitarbeiter des ZOD dahingehend angepasst, dass zukünftig unmittelbarer Zwang angewendet werden kann.

Die Verwaltung wird gebeten, als unterstützende Maßnahme dafür die Mitarbeiter des Zentralen Ordnungsdienstes mit einer robusten Schutzausrüstung nach dem Vorbild der Landeshauptstadt Hannover sowie der Stadt Dortmund auszustatten.

Die Deckung der dafür notwendigen finanziellen Mittel erfolgt unter Inanspruchnahme der im Teilhaushalt „Allgemeine Finanzwirtschaft“ ausgewiesenen Deckungsreserve zur Flexibilisierung der Bewirtschaftung für Aufwendungen im Ergebnishaushalt.

6. Sicherheitskonferenzen in den Stadtbezirken

Unter Einbeziehung der jeweiligen Stadtbezirksräte und der Einwohnerinnen und Einwohner ist in der ersten Hälfte des Jahres 2026 eine Sicherheitskonferenz in allen Stadtbezirken durchzuführen. Hierbei sind die Einwohnerinnen und Einwohner des jeweiligen Bezirkes aufgerufen, konkrete Orte zu benennen, an denen sie sich unsicher fühlen, z.B. weil die Beleuchtung nicht ausreichend ist oder es vermehrt zu Einbrüchen etc. kommt. Wesentliche Akteure wie Polizei, ZOD und ggf. weitere Behörden sind einzubeziehen.

Antrag zur Geschäftsordnung auf getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte:

Abstimmungsergebnis:

Dafür 4 Dagegen: 6 Enthaltung: 1

Abstimmungsergebnis zur Gesamtvorlage:

Dafür: 3 Dagegen: 8 Enthaltungen: 0

**15. Leistungsorientierte Bezahlung bei der Stadt Braunschweig -
Entfristung der Dienstvereinbarung LoB Beamte**

26-28156

Beschluss:

Der Entfristung der Dienstvereinbarung über die Zahlung von Leistungsprämien an Beamtinnen und Beamte ab dem Jahr 2026 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

16. Anfragen (Personal)

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor.

16.1. Mündliche Anfragen (Personal)

Ratsherr Dr. Plinke erkundigt sich nach den bisherigen Rückmeldungen seitens der Mitglieder des Rates und der Stadtbezirksräte zur Einführung von Allris Version 4 hinsichtlich Bedienbarkeit und Verfügbarkeit. Zudem fragt er, ob Zeiten erfasst werden, zu denen Allris über Browser oder die iPad-App nicht erreichbar ist, und ob geplante Wartungsfenster bestehen, in denen Allris nicht zur Verfügung steht.

Stadtrat Dr. Pollmann weist auf die Zuständigkeit von Dezernat I hin und führt aus, dass die bisherigen Rückmeldungen überwiegend sehr positiv ausgefallen sind. Die Verbesserungsvorschläge sowie Anmerkungen der Ratsmitglieder wurden gesammelt und deren Umsetzung wird nun geprüft. Sofern Änderungen vorgenommen werden, erfolgen gesonderte Informationen.

Weiter erklärt er, dass die Einführung und der Betrieb des Fachverfahrens nahezu störungsfrei verliefen. Etwaige Ausfallzeiten werden im Falle entsprechender Meldungen erfasst. Bislang kam es lediglich zu zwei nicht programmbedingten Ausfällen. Geplante Wartungsfenster bestehen nicht. Sofern Wartungsarbeiten erforderlich sind, werden diese rechtzeitig angekündigt.

17. Eröffnung des öffentlichen Teils (Finanzen)

18. Mitteilungen (Finanzen)

Es liegen keine Mitteilungen vor

19. Anträge (Finanzen)

**19.1. Neue Gebühren für Anwohnerparkausweise unter
Berücksichtigung der Fahrzeuggröße**

26-28173

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Flake trägt einleitend die Ergebnisse aus den Beratungen des AMTA vor.

Ratsfrau Köhler fragt, wie hoch die zu erwartenden Mehrerträge in den Jahren 2026 und fort folgende seien, sofern die im Antrag genannten Gebühren umgesetzt würden. Sie bittet um eine Beantwortung im weiteren Gremienverlauf, möglichst bis zum kommenden VA am 04.02.2026.

Ratsfrau Schneider stellt die Nachfrage, ob es eine Karte mit den vorhandenen Bewohnerparkplätzen und freien Parkplätzen in Braunschweig gibt. Sie konnte keine entsprechende Karte finden. Sofern es eine solche Karte noch nicht gibt, regt sie an diese zu erstellen und zu veröffentlichen.

Herr Erster Stadtrat Geiger sicherte die Weitergabe der Nachfragen an die zuständigen Stellen zu.

Protokollnotiz:

Zur Frage von Ratsfrau Köhler:

Es wurden in 2025 6.522 Ausweise ausgestellt.

Die zu erwartenden Mehreinnahmen durch eine Gebührensteigerung im Bewohnerparken lassen sich nicht belastbar ermitteln. Bewohnerparkausweise können für 6 Monate, 12 Monate oder 24 Monate erworben werden, entsprechend verändern sich die Einnahmen. Auch die Staffelung nach Fahrzeuggröße erlaubt keine zuverlässige Prognose, da die Differenz zwischen unterschiedlichen Fahrzeugen bis zu 200 € beträgt.

Zur Frage von Ratsfrau Schneider:

Für Gebiete mit Bewohnerparkkonzepten liegen Übersichtspläne mit den jeweiligen Parkregelungen vor, siehe https://www.braunschweig.de/leben/stadtplan_verkehr/parken-in-braunschweig/parkraummanagement.php

Eine Übersicht im übrigen Stadtgebiet steht derzeit nicht zur Verfügung.

Beschluss:

Die Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO) wird wie folgt geändert:

1. Die Bewohnerparkausweisgebühren errechnen sich künftig aus einem Jahresgrundbetrag von 40 € multipliziert mit der jeweiligen Länge und Breite des Fahrzeugs in Metern. Maßgeblich hierfür sind die im Fahrzeugschein eingetragenen Werte. Anbauten an Fahrzeugen wie Spoiler, Fahrradträger und Außenspiegel werden nicht berücksichtigt.
2. Der volle Jahresgrundbetrag gilt erst ab 2029. Ab Mitte 2026 gilt ein halbiertes Grundbetrag von 20 € / m², ab 2028 ein Grundbetrag von 30 € / m².
3. Die bisherigen Voraussetzungen für das Anwohnerparken ändern sich nicht.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 3 Dagegen: 7 Enthaltungen: 1

19.2. Sanierung des Wasserspielplatzes Muldeweg

26-28207

Ergebnis:

Der Antrag wurde durch den Änderungsantrag 26-28207-01 ersetzt

**19.2.1. Sanierung des Wasserspielplatzes Muldeweg -
Änderungsantrag**

26-28207-01

Ratsherr Flake erläutert, dass der Antrag im kommenden UGA fachlich beraten wird.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die benötigten Mittel in Höhe von 500.000 Euro für die Sanierung des Wasserspielplatzes Muldeweg aus vorhandenen Haushaltsresten investiver Ansätze oder durch Umschichtungen innerhalb investiver Haushaltsansätze bereitgestellt werden können. Das Ergebnis der Prüfung ist dem UGA und dem FPDA zeitnah mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

**20. Veräußerung von zwei insgesamt ca. 6.730 m² großen
städtischen Grundstücken in dem Gewerbegebiet
Hungerkamp an die REVENTAL GmbH, Charentoner Straße
28, 33142 Büren**

25-27036

Ratsherr Dr. Plinke fragt warum sich die Verwaltung für einen Verkauf entschieden hat und nicht mit dem Interessenten anstelle eines Verkaufes auch über eine Pacht oder Erbpacht geredet hat. Ferner fragt er, ob das Thema Altlasten, welche seinerzeit von der Firma Stibiox hinterlassen wurden, grundsätzlich erledigt sei oder ob es noch offene Fragen gibt.

Herr Heilmann führt hinsichtlich der Altlasten aus, dass die Flächen aufwendig saniert wurden und auf den Baugrundstücken, die jetzt veräußert werden, keine Altlasten mehr vorhanden sind.

Bezüglich der Erbpacht erläutert er, dass im gewerblichen Bereich sich viele Gewerbebetriebe mit dem Thema Erbpacht schwertun. Dies sei darauf zurückzuführen, dass die Banken fast keine Finanzierungen für Grundstücke mit Erbpacht im gewerblichen Bereich eingehen. Zudem seien die Grundstücke von vornherein zum Verkauf vorgesehen gewesen.

Beschluss:

Der Veräußerung von zwei insgesamt ca. 6.730 m² großen städtischen Grundstücken in dem Gewerbegebiet Hungerkamp an die REVENTAL GmbH, Charentoner Straße 28, 33142 Büren wird zu den in der Vorlage genannten Konditionen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 8 Dagegen: 0 Enthaltungen: 3

**21. Erwerb des Flurstücks 710/9, Flur 2 in der Gemarkung
Innenstadt, ehemals Burgpassage**

26-28105

Ratsfrau Schneider stellt fest, dass in den Jahren 2023, 2024 und 2025 von der Stadt bereits mehrere Grundstücke für den Bau des Gymnasiums Kleine Burg erworben wurden. Sie fragt, warum dieses Grundstück erst jetzt und von wem erworben wird.

Ratsherr Flake weist darauf hin, dass die SFB als Verkäuferin in der Vorlage ersichtlich ist. Ratsfrau Schneider fragt daraufhin, weshalb das Grundstück erst von der SFB erworben wurde und die Stadt dieses nun von der SFB kaufen würde.

Herr Heilmann stellt klar, dass der Kauf des Ursprungsgrundstückes der gesamten Burgpassage durch die SFB erfolgte. Diese habe dann den Abriss durchgeführt. Das Grundstück wurde daraufhin in drei Grundstücke, für den Hotelneubau, den Schulneubau

und Wohnteil aufgeteilt. Der vorliegende Erwerb betrifft nur das Grundstück für den Schulneubau, damit der Schulneubau auf einem stadteigenen Grundstück erfolgt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, das Flurstück 710/9, Flur 2 in der Gemarkung Innenstadt mit einer Größe von 1.502 m² zu den in der Vorlage dargestellten Konditionen zu erwerben.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltungen: 1

- | | | |
|------------|--|-----------------|
| 22. | Haushaltsvollzug 2025 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG | 26-28226 |
|------------|--|-----------------|

Beschluss:

Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- | | | |
|------------|--|-----------------|
| 23. | Haushaltsvollzug 2026 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG | 26-28210 |
|------------|--|-----------------|

Beschluss:

Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- | | | |
|------------|---|-----------------|
| 24. | Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 € bis 2000 € | 26-28133 |
|------------|---|-----------------|

Ratsherr Disterheft ist in der Anlage 1 aufgefallen, dass im Abschnitt des FB 51 der Zuwendungsgeber „Freiwillige Feuerwehr Veltenhof“ angegeben ist. Im Zuwendungszweck hingegen steht „Förderverein und der freiwilligen Feuerwehr Veltenhof“

Herr Erster Stadtrat Geiger stellt die Vermutung auf, dass sich nur das Wort „und“ eingeschlichen hat und es sich somit um den Förderverein der freiwilligen Feuerwehr Veltenhof handelt. Er sichert eine Klärung zu.

Protokollnotiz:

Die Klärung erfolgte mit Vorlage 26-28133-01 in der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 04.02.2026

Beschluss:

Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

25. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 € 26-28134

Beschluss:

Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

26. Anfragen (Finanzen)

26.1. Sicherheit und Widerstandsfähigkeit der Stromversorgung in Braunschweig 26-28202

Ergebnis:

Die Anfrage wird mit Stellungnahme 26-28202-01 beantwortet.

26.1.1. Sicherheit und Widerstandsfähigkeit der Stromversorgung in Braunschweig 26-28202-01

Ergebnis:

Die Stellungnahme wird zu Kenntnis genommen.

Flake
Vorsitzender

Geiger
Erster Stadtrat

Domröse
Schriftführer Finanzen

Dr. Pollmann
Stadtrat

Mindermann
Schriftführerin Personal